Der Kreistag

Landkreis Gießen

HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Mitglieder
- des Kreistages
- und des Kreisausschusses
- sowie die Delegierten des Kreisausländerbeirates

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Thomas Euler
Gebäude F, Raum F209
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1530
thomas.euler@lkgi.de
www.lkgi.de

Az.: 91 000-106 (21) Gießen, 10. Dezember 2014

21. öffentliche Kreistagssitzung am 15. Dezember 2014 im Rathaus Gießen; hier: Nachsendung von Unterlagen

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

mit Schreiben vom 24. November 2014 sind Sie zu der 21. öffentlichen Sitzung des Kreistages am 15. Dezember 2014 in den Stadtverordnetensitzungssaal des Gießener Rathauses eingeladen worden. Gleichzeitig wurden Ihnen ebenfalls mit Schreiben vom 24. November 2014 und mit gleicher Post zwei nicht fristgerecht eingegangene Anträge der Gruppe Linkes Bündnis/Die Linke vom 22. November 2014 zur Änderung der Satzung über Entschädigung ehrenamtlich Tätiger (Vorlage Nr. 1032/2014) und zur Änderung der Geschäftsordnung hinsichtlich Fraktionsstatus (Vorlage Nr. 1033/2014) zugesandt.

Ergänzend erhalten Sie nun folgende Unterlagen:

Nach einer entsprechenden Beschlussfassung in der Sitzung des Kreisausschusses am 8. Dezember 2014:

1. Die vom Kreisausschuss in seiner Sitzung am 8. Dezember 2014 beschlossene **Haushaltsänderungsliste** zur bereits vom Kreisausschuss am 3. November 2014 festgestellten und am 10. November 2014 in den Kreistag eingebrachten **Vorlage Nr. 0982/2014 (Haushaltssatzung und Haushaltsplan für den Doppelhaushalt 2015/2016; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 25. September 2014)**
   - zu Kreistags-Tagesordnungspunkt 12

2. Die vom Kreisausschuss in seiner Sitzung am 8. Dezember 2014 beschlossene **Ergänzung zum Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Gießen zum Doppelhaushalt 2015/2016; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 10. November 2015, Vorlage Nr. 1007/2014).**
   - zu Kreistags-Tagesordnungspunkt 13

Außerdem sind folgende Dringlichkeitsanträge eingegangen beziehungsweise angekündigt worden:

3. **Vorlage Nr. 1051/2014** Dringlichkeitsantrag: **Resolution zum neuen Hessischen Kommunalen Finanzausgleich (KFA); hier: Antrag von Landrätin Anita Schneider vom 10. Dezember 2014.**

   Hier ist zur Aufnahme in die Tagesordnung gemäß § 32 HKO in Verbindung mit § 58 Absatz 2 HGO ein Quorum von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Kreistages erforderlich.

4. Ein interfraktioneller Dringlichkeitsantrag: **Resolution „Solidarität mit Eziden und orientalischen Christen (Aramäer, Assyrer und Chaldäer) und anderen ethnischen Gruppen im Landkreis Gießen - Völkermord an Eziden und Christen im Nahen Osten verhindern!"** wurde angekündigt und befindet sich zurzeit noch im Abstimmungsprozess insbesondere hinsichtlich der Frage, wer hier als Antragsteller erscheint.

   Der Dringlichkeitsantrag wird die **Vorlagen-Nr. 1046/2014** erhalten und enthält nach derzeitigem Stand folgenden Beschlussantrag:

   „Der Kreistag möge beschließen:

   Der Kreistagsvorsitzende wird beauftragt, der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland und der Landesregierung des Landes Hessen den nachfolgenden Appell zu übermitteln:

   1. ***Der Kreistag des Landkreises Gießen stellt fest, dass viele Kreisbürgerinnen und Kreisbürger ezidischen Glaubens mittelbar von den Gräueltaten des sogenannten „Islamischen Staates (IS)" betroffen sind. Viele ihrer Verwandten befinden sich in der betroffenen Region. Ihnen gilt die Solidarität des Kreistages sowie aller Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Gießen.***
   2. ***Der Kreistag verurteilt die Gräueltaten des IS in Syrien und im Irak. Die systematische Vertreibung, Verfolgung und Ermordung von Eziden, Christen, Kurden und anderen ethnischen und religiösen Gruppen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und fordert ein entschlossenes Handeln der internationalen Gemeinschaft. Sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie die Errichtung von sogenannten Sklavenmärkten für Mädchen und Frauen ist Ausdruck tiefster Menschenverachtung.***
   3. ***Der Kreistag des Landkreises Gießen appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich gegen den Völkermord an Eziden und Christen in Irak und Syrien einzusetzen, ihre humanitäre Hilfe weiter aufzustocken, um den Flüchtlingen in ihrer Not zu helfen und traumatisierte Frauen zwecks Behandlung aufzunehmen.***
   4. ***Der Kreistag des Landkreises Gießen appelliert an die Bundesregierung, sich wirksam gegen die grausamen Verbrechen an Eziden und Christen in Syrien und im Irak einzusetzen. Hierzu fordert der Kreistag die Bundesregierung auf, politischen Druck auf die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates auszuüben, um den schrecklichen Verbrechen endlich ein Ende zu bereiten. Wir unterstützen den Vorschlag des Syrien-Sondergesandten der Vereinten Nationen, Staffan de Mistura, zur Schaffung regionaler entmilitarisierter Schutzzonen (sog. "Freeze Zones") in denen die Zivilbevölkerung Zuflucht finden kann.***
   5. ***Der Kreistag begrüßt die Ankündigung des hessischen Ministerpräsidenten beim Besuch der Ezidischen Gemeinde Hessen in Lollar, geeignete Maßnahmen zur Behandlung von durch sexualisierte Gewalt traumatisierte Mädchen und Frauen in Hessen einzuleiten."***

   und folgende Begründung:

   „In nur wenigen Tagen haben die sunnitischen Terrorgruppen Islamischer Staat (IS) im Juni 2014 Mosul erobert und sind von Syrien bis tief in den Irak eingedrungen, um ein Kalifat zu errichten. Sie haben dabei grausamst gewütet und unzählige Menschen abgeschlachtet. Christen wurden systematisch aus Mosul vertrieben, zwangsislamisiert und ihre Frauen verschleppt.

   Mit dem schnellen militärischen Vormarsch der Organisation „Islamischer Staat" (IS) seit Juni 2014 sind große Teile der sunnitischen Gebiete Iraks der Kontrolle der Zentralregierung entglitten. Der IS beherrscht große Teile der Provinzen Anbar, Ninawa, Salah al-Din und Teile Diyalas. Darüber hinaus verzeichnet er große Geländegewinne entlang der syrisch-irakischen Grenze. Seit Anfang August 2014 stießen die IS-Kämpfer in andere Gebiete nördlich und westlich von Mosul vor. Dies führte zur Massenflucht von bis zu 430.000 Menschen aus diesen Gebieten, darunter überwiegend Eziden, aber auch Christen und schiitische Turkmenen. Diejenigen, die in ihren Dörfern geblieben waren, wurden enthauptet, ermordet, misshandelt,

zwangskonvertiert oder auf sogenannten Sklavenmärkten „verkauft". Vergewaltigung von Frauen und Mädchen ist Teil des Terrors.

Die Versorgung von so vielen Flüchtlingen überfordert jedoch auf längere Sicht sowohl die Möglichkeiten als auch die Kapazitäten der kurdisch irakischen Regionalregierung. Daher benötigt sie sowohl dringend Hilfe für den Schutz vor dem IS als auch Unterstützung bei der humanitären Hilfe für die Flüchtlinge.

Die IS will einen 'Gottesstaat' nach ihrer Facon im ganzen Nahen Osten, derzeit vor allem in Syrien und im Irak, und dann weltweit errichten. Die Weltgemeinschaft muss deutlich machen, dass niemand wegen seines Glaubens und seiner Religion verfolgt, vertrieben oder gar getötet werden darf. Die beispiellose Brutalität von IS darf die Menschen, auch in unserem Lande, nicht in Schockstarre versetzen. Ohne zu dramatisieren, zeigt die Lage, dass jeder Tag zahlreichen Menschen das Leben kostet und für viele wird Hilfe zu spät kommen. Zusätzliche entfacht nun auch noch das Ausrufen des Kalifats potenzierte Dimensionen des Terrors, denn hierdurch wird von allen Muslimen Gefolgschaft verlangt. Ein Kalifat nach Dschihadisten-Art bedeutet die Negation demokratischer Regierungsformen und hebt die Bedrohung auf eine höhere Stufe."

Wenn der abgestimmte Antrag vorliegt, wird dieser per E-Mail und spätestens in der Kreistagssitzung in Papierform nachgereicht.

Auch hier wäre zur Aufnahme in die Tagesordnung gemäß § 32 HKO in Verbindung mit § 58 Absatz 2 HGO ein Quorum von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Kreistages erforderlich.

Darüber hinaus erhalten Sie einen bis zum jetzigen Zeitpunkt eingegangenen Haushaltsänderungsantrag, nämlich:

5. **Haushaltsänderungsantrag 0982/2014-1** des Kreisausländerbeirates vom 3. Dezember 2014 zur Stellensituation am Team Asyl mit dem Beschlussantrag:

„Der Kreisausländerbeirat bittet den Kreistag zu beschließen, dass im Team Asyl die Zahl der Sachbearbeiter für Leistungsgewährung und für sozialpädagogische Betreuung den steigenden Asylbewerberzahlen laufend zeitnah angepasst werden soll.
Diese Stellen sollen unbefristet besetzt werden.
Mit dem Regierungspräsidium und dem Land Hessen soll verhandelt werden, dass der Stellenplan und das Personalbudget des Landkreises Gießen über die Vorgaben des Schutzschirmes hinaus erweitert werden wegen der erheblichen Ausweitung dieser Pflichtaufgabe des Landkreises."

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Thomas Euler

Anlagen